

Hat endlich auch die CDU-Führung im Bund und in Sachsen die Grünen durchschaut?

25. November 2019 Der Landesverband Sachsen der WerteUnion unterstützt und teilt die von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak geübte scharfe Kritik an den Grünen. „Sie machen auf sympathisch, aber dort, wo sie Verantwortung tragen, sehen wir das Elend dieser Politik“, sagte er. Als Beispiel nannte er die rot-rot-grüne Koalition in Berlin. Diese vernachlässige die innere Sicherheit und lasse Drogenhändlern freien Lauf.

Dr. Sven Eppinger, stellvertretender Vorsitzender der WerteUnion Sachsen:
„Besonders froh sind wir als WerteUnion, dass unser sächsischer Ministerpräsident Michael Kretschmer auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig vor den politischen Ideen der Grünen warnte.

„Sie bewegen sich nach links, und sie haben Vorstellungen, die nicht alltagstauglich sind“, wie er endlich richtig erkannte. Wir stimmen mit Michael Kretschmer überein, dass die Grünen nicht die Lebenswirklichkeit der Menschen in Deutschland und ganz besonders in Sachsen abbilden. Es ist wichtig und richtig, dass wir uns als sächsische Union den linken Tendenzen der Grünen entgegen stellen. Ziel muss es sein, eine dem Markenkern unserer Partei entsprechende, an unseren christlichsozialen und konservativen Werten orientierte Politik für Sachsen zu verwirklichen.

Das ist in einer Koalition mit dieser linksgrünen sächsischen Splitterpartei nicht möglich. Eine Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen ist aus unserer Sicht wenig sinnvoll. Es ist Zeit, Mut zu zeigen und eine Minderheitsregierung zu wagen. Nur so können wir Politik zum Wohle der Menschen in Sachsen gestalten.“

Dr. Ulrich Link, der Vorsitzende der WerteUnion Sachsen, ergänzt: „Wohin eine Kenia-Koalition führt, zeigt gerade das Vorbild Sachsen-Anhalt. Ministerpräsident Haseloff und CDU-Innenminister Stahlknecht kündigten öffentlich die Ernennung eines ausgewiesenen Sicherheitsexperten zum Innenstaatssekretär an. Grüne und SPD akzeptierten die Entscheidung der Verantwortlichen nicht und zwangen sie zum Rückzug. Deutlicher kann man die Praxis von „Kenia“ nicht demonstrieren: die CDU hat dort nichts zu melden. Wer jetzt nicht lernt „Finger weg von Kenia“, dem ist nicht zu helfen.“